

# **Bericht**

## **des Ausschusses für Forschung, Innovation und Technologie**

### **über den Antrag 1256/A(E) der Abgeordneten Mag. Nikolaus Alm, Kolleginnen und Kollegen betreffend Digital Nation - Österreich 2.0**

Die Abgeordneten Mag. Nikolaus Alm, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 7. Juli 2015 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die Digitalisierung ist in vollem Gange. Nach und nach wird sie sämtliche Bereiche unseres Lebens und unserer Gesellschaft, von der (Aus-)Bildung über die Arbeit bis hin zur Freizeit mehr und mehr durchziehen und grundlegend verändern. Ebenso ist das Internet bereits jetzt ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor, dessen Wichtigkeit weiter stark zunehmen wird. In Österreich gibt es allerdings nach wie vor eine starke ‚digitale Kluft‘: zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, jungen und älteren Menschen und auch bedingt durch die berufliche Tätigkeit und (Aus-)Bildung. Diese Diskrepanz muss dringend verringert werden, um allen Menschen Chancen und Teilhabe zu eröffnen. Auch fehlt es neben dem entsprechenden Wissen vielerorts noch an der entsprechenden Infrastruktur.

Ebenso werden durch die fortschreitende Digitalisierung zahlreiche Fragen rechtlicher und ethischer Natur aufgeworfen, über die man diskutieren und auf die man gesamtgesellschaftlich Antworten finden sollte. Dazu gehört beispielsweise, wie wir die nächsten, aber auch die aktuellen Generationen fit machen für ein Leben, das sich schnell verändert. Oder auch wie wir mit dem Kontrollverlust umgehen, der durch immer mehr vernetzte und stärker eigenständig agierende ‚Dinge‘ in unserer Umgebung entsteht. Wie können wir unsere Privatsphäre trotz allem erhalten? Was passiert, wenn Roboter Entscheidungen nahezu autonom treffen? Und wo liegt im Schadensfall die Haftung? Welche Auswirkungen wird die Industrie 4.0 auf die Arbeit der Menschen und die Wirtschaft haben? Allein dieser kleine Ausschnitt zeigt, wie umfassend und grundlegend diese Thematik ist.

Es gibt bereits Initiativen der Bundesregierung, die Österreich im digitalen Bereich voran bringen sollen. Allerdings handelt es sich hierbei meist eher um Stückwerk, das hier und da versucht, einzelne Punkte oder Bereiche zukunftsfit zu machen, wie beispielsweise hinsichtlich E-Government. Oder man versucht, die EU-Initiativen in dem Bereich umzusetzen. Ein umfassendes Gesamtkonzept für Österreich fehlt allerdings - ebenso wie klare Zuständigkeiten und die Federführung für diese Agenden.

Um den digitalen Wandel endlich aktiv und umfassend mitzugestalten ist es wichtig, dass in Österreich endlich ein gesamtgesellschaftliches Rahmenkonzept dazu erarbeitet wird, wie es beispielsweise in Deutschland von 2010 bis 2013 mit der Enquete-Kommission ‚Internet und digitale Gesellschaft‘ mit einem guten Ansatz geschehen ist (vgl. <http://www.bundestag.de/internetenquete/>). In Österreich soll dieses Rahmenkonzept sowie konkrete Handlungsempfehlungen in einer Enquete zur ‚Digital Nation - Österreich 2.0‘ ausgearbeitet werden. Wichtig ist dabei, dass dieser Prozess unter breiter Beteiligung aller relevanten Stakeholders, von der Bevölkerung über NGOs und Unternehmen bis hin zu allen politischen Ebenen, in einem Zeitraum von nicht mehr als 2 Jahren auch abgeschlossen wird. Thematisch soll dies möglichst umfassend geschehen und unter anderem die Themen Bildung, Medienkompetenz, Forschung, Datenschutz, Persönlichkeitsrechte, Kultur, Medien, Infrastruktur, Konsument\_innenschutz, Open Source, Industrie 4.0, Arbeit, Sicherheit sowie Internet of Things umfassen.

Die Ergebnisse dieser Enquete bilden dann die Grundlage für die ‚Digitale Agenda - Österreich 2.0‘. In dieser Agenda sollen konkrete Umsetzungspunkte sowie eine Timeline dafür festgeschrieben sein. Andere Länder wie Deutschland haben mittlerweile auch eine eigenständige digitale Agenda vorgelegt, ebenso wie die Europäische Union oder die Stadt Wien. Auch wenn es bei diesen sicherlich noch einigen Verbesserungsbedarf gibt, so ist dies doch zumindest ein Zeichen dafür, dass die Tragweite und Wichtigkeit der Digitalisierung erkannt wurde und man versucht, sich damit konstruktiv auseinanderzusetzen und die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Um den Prozess zur ‚Digital Nation‘ zu bündeln sowie konsequent zu gestalten und voranzutreiben, bedarf es auch auf Seiten der politischen Strukturen einer Änderung: Wir benötigen dringend ein Netzministerium, ebenso wie einen dazugehörigen Ausschuss im Parlament. So können diese vielfältigen und die derzeitigen Ressorts übergreifenden Themen intensiv behandelt und umgesetzt werden - ohne Reibungsverluste und Kompetenzgerangel! Dadurch würde auch die Wichtigkeit dieses zukunftsweisenden Themas deutlich hervorgehoben. Die Umsetzung und Weiterentwicklung der Grundlage ‚Digitale Agenda - Österreich 2.0‘ würde dann von diesem Netzministerium vorangetrieben. Ebenso würde es im Bedarfsfall für die Anpassung der Digitalen Agenda sowie der Timeline zuständig sein und auch neue Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums frühzeitig identifizieren und einbeziehen, um so eine kontinuierliche und umfassende Weiterentwicklung zu garantieren.

Damit Österreich auch vom Erfahrungsaustausch mit Ländern, die im digitalen Bereich bereits viel Expertise aufgebaut haben, profitieren kann, soll es sich den ‚Digital 5‘ anschließen. Dieses Netzwerk, dem derzeit Estland, Israel, Südkorea, Neuseeland und Großbritannien angehören, wurde im Dezember 2014 gegründet und dient vornehmlich dem Austausch von Best-Practice-Modellen sowie der Stärkung der digitalen Wirtschaft.

Den digitalen Wandel wird man durch Ignorieren der Thematik nicht aufhalten können, aber man kann ihn jetzt noch aktiv mitgestalten! Österreich darf hier nicht länger schlafen - wir brauchen endlich ein Konzept für Österreich 2.0, die ‚Digital Nation‘.

Der Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 6. Oktober 2016 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriff im Anschluss an die Ausführungen der Berichterstatterin, der Abgeordneten Claudia Angela **Gamon**, MSc (WU), der Abgeordnete Mag. Josef **Lettenbichler** das Wort.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Nikolaus **Alm**, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**dafür:** G,N,T, **dagegen:** S,V,F).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Philip **Kucher** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2016 10 06

**Philip Kucher**

Berichterstatter

**Dr. Ruperta Lichtenegger**

Obfrau

